

NEIN zur SP-Steuerinitiative

1. Die Forderungen der Initiative

Die Steuerinitiative der SP verlangt eine schweizweit einheitliche Mindestbesteuerung hoher Einkommen und Vermögen. So soll für alleinstehende Personen der Grenzsteuersatz für steuerbares Einkommen ab 250'000.- Franken mindestens 22 Prozent und auf steuerbares Vermögen über 2 Millionen Franken mindestens 5 Promille betragen. Die SP fordert zusätzlich ein in der Verfassung verankertes Verbot degressiver Steuersätze bei Bund, Kantonen und Gemeinden.

2. NEIN zur SP-Steuerinitiative

2.1. schädigt die Kantone

- weil die Bürger nicht mehr selber über die Höhe der Steuern und über das öffentliche Angebot entscheiden können;
- weil die Finanzautonomie der Kantone und Gemeinden stark eingeschränkt wird;
- weil der Handlungsspielraum der Kantone bei der Festlegung der steuerlichen Abzüge und der Steuerhöhe eingeschränkt wird.
- weil die Kantone ihre Leistungen ohne Wettbewerbsdruck nicht mehr effizient und kostengünstig erbringen;
- weil die Selbstständigkeit der Kantone in Finanz- und Steuerfragen die Basis unseres erfolgreichen Föderalismus ist;
- weil die Kantone selbst am besten wissen, wie viele Steuern sie für ihre Leistungen erheben müssen;
- weil die Kantone bevormundet und Steuerentscheide in Bern gefällt werden;
- weil attraktive Steuern ein grosser internationaler Standortvorteil für die Schweiz sind.

2.2. erhöht Steuern für alle

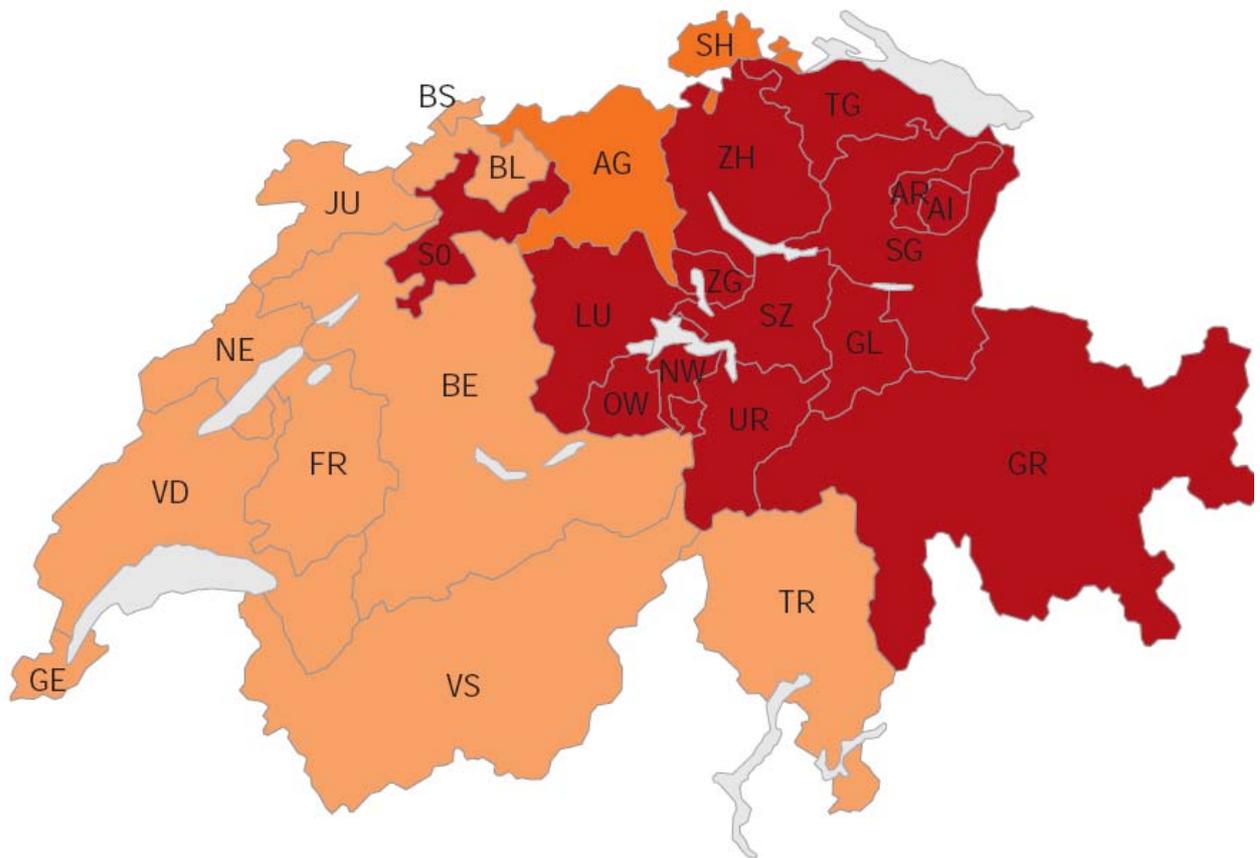
- weil der Bund bei einem Ja die Steuern vorschreibt, müssen die Einkommens- und/oder Vermögenssteuern in 14 Kantonen erhöht werden (AR, AI, GL, GR, LU, NW, OW, SZ, SO, SG, TG, UR, ZG und ZH. Auch Gemeinden in den Kantonen AG und SH sind betroffen);
- weil Anpassungen an einen Mindeststeuersatz zu Tarifsprüngen führen. Die Steuersätze müssten unweigerlich für alle angepasst werden. Darunter leidet der Mittelstand;
- weil die Steuer- und Abgabenlast in der Schweiz in den letzten 15 Jahren im Vergleich zu allen europäischen Ländern bereits massiv gestiegen ist. Neue Steuererhöhungen sind somit doppelt schädlich.

2.3. schwächt den Mittelstand

- weil gut Verdienende sehr mobil sind und bei hohen Steuern abwandern. Sie finanzieren Staatshaushalt und Sozialstaat und entlasten mit ihren Steuern auch die unteren Einkommensschichten. Für den Einnahmenverlust aufgrund der Abwanderung muss der Mittelstand aufkommen;
- weil Steuererhöhungen Neuzuzüger abschrecken. Zusätzliche Einnahmen werden willkürlich gefährdet; die Steuerlast auf dem Mittelstand steigt;
- weil die Initiative der erste Schritt der SP hin zu einem Hochsteuer-Kartell ist;
- weil Steuererhöhungen Arbeitsplätze gefährden. Untere und mittlere Einkommensschichten sind dadurch am stärksten betroffen.

Die Solidarität und der faire Wettbewerb zwischen den Kantonen sind mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) gegeben. Innovative und sparsame Kantone dürfen nicht in ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Die SP-Steuerinitiative ist unnötig und schadet der ganzen Schweiz.

Von der Initiative betroffenen Kantone



- Steuererhöhungen im ganzen Kanton (Einkommens- und/oder Vermögenssteuer)
- Steuererhöhungen in einzelnen Gemeinden des Kantons (Einkommens- und/oder Vermögenssteuer)
- Einschränkung bei der Festlegung der steuerlichen Abzüge im ganzen Kanton (z.B. Kinderabzüge)